

Informationspflicht nach Art. 13, 14 DSGVO

Verantwortlicher	Behördliche Datenschutzbeauftragte
Landesamt für Gesundheit und Soziales	Landesamt für Gesundheit und Soziales
Erster Direktor	
Dr. Heiko Will	Daniela Jaeschke
Tel.: 0385 588 - 59000	Tel.: 0385 588 - 59410
E-Mail: poststelle.zentral@lagus.mv-regierung.de	E-Mail: poststelle.datenschutz@lagus.mv-regierung.de
Friedrich-Engels-Platz 5 – 8	Friedrich-Engels-Platz 5 – 8
18055 Rostock	18055 Rostock

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 lit. e Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i.V.m. § 49 c Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) i.V.m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 Datenschutzgesetz Mecklenburg - Vorpommern (DSG M - V).

Die Datenverarbeitung ist zur Durchführung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens notwendig (hoheitliche Aufgabe).

Ohne diese Informationen kann die Ordnungswidrigkeit weder verfolgt noch geahndet werden.

Gemäß § 5 Nr. 2 DSG M-V kann der Verantwortliche von seiner Informationspflicht bei der Verarbeitung von personengebundenen Daten nach Art. 13 oder 14 der Verordnung (EU) 2016/679 absehen, soweit und solange dies zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten notwendig ist.

Datenkategorien

Es werden folgende Daten verarbeitet:

- Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort
- Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)
- Adressdaten
- weitere personenbezogene Daten, sofern die Verarbeitung im Rahmen des Verfahrens notwendig ist (u.a. Vertragsdaten von Versicherungsunternehmen, Angaben anderer Behörden zur Überprüfung der Leistungsfähigkeit, Arbeitgeberdaten, Fahrerkartendaten/Fahrtenschreiberdaten, Fahrzeugdaten)

Empfänger bzw. Drittstaatentransfer

Die personenbezogenen Daten können u.a. an folgende Stelle übermittelt werden:

- Landesamt für Finanzen
- Einwohnermeldeamt
- Versicherungsunternehmen, Rechtsanwälte
- Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaften
- Gewerbezentralregister
- andere öffentliche Stellen, sofern diese Daten zur Erfüllung von gesetzlichen Pflichten benötigt werden

Eine Datenübermittlung an Drittländer erfolgt nicht.

Aufbewahrung

Die personenbezogenen Daten werden nach Abschluss des Ordnungswidrigkeitenverfahrens solange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Datenquelle (Bei Erhebung über Dritte)

Ihre notwendigen personenbezogenen Daten können je nach Verfahren über folgende Quellen bezogen werden:

- Bundesamt für soziale Sicherung
- Bundesamt für Logistik und Mobilität
- Polizei, Zoll
- Versicherungsunternehmen (z.B. gesetzliche Krankenkassen, Rentenversicherung, private Versicherungsunternehmen)
- fachlich zuständige Behörde (z.B. Einwohnermeldeamt; Jobcenter)

Betroffenenrechte

Als betroffener Person können Sie folgende Rechte geltend machen:

a) Recht auf Auskunft, Artikel 15 DSGVO

Gemäß Artikel 15 Absatz 1 DSGVO haben Sie das Recht auf Auskunft darüber, ob wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten. Ist dies der Fall, haben Sie Anspruch auf weitere Informationen (Artikel 15 Absatz 2 DSGVO). Das Auskunftsrecht wird durch das Recht

Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten beschränkt (Artikel 15 Absatz 4 DSGVO).

b) Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung, Artikel 16, 17 und 18 DSGVO

Sie haben nach Artikel 16 DSGVO das Recht, unverzüglich die Berichtigung unrichtiger Daten und die Vervollständigung unvollständiger Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

Ein Recht auf Löschung personenbezogener Daten steht Ihnen nach Maßgabe des Artikels 17 DSGVO zu, insbesondere dann, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht oder nicht mehr zulässig ist. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die Aufbewahrungsfristen für die betreffenden Verfahrensakte abgelaufen sind, wobei wir dann die Akten von Amts wegen unaufgefordert vernichten.

Unter den Voraussetzungen von Artikel 18 DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

c) Recht auf Datenübertragbarkeit, Artikel 20 DSGVO

Ein Recht nach Artikel 20 Absatz 1 DSGVO, Daten in einem bestimmten Format zu erhalten und an Dritte zu übermitteln, besteht nur für die Fälle, wenn wir Ihre personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung und mittels automatisierter Verfahren verarbeiten.

d) Ihr Recht auf Widerspruch gemäß Artikel 21 DSGVO

Sie haben gemäß Artikel 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen oder uns zur fortgesetzten Verarbeitung zwingen, beispielsweise gesetzliche Aktenaufbewahrungsfristen.

**e) Ihr Recht auf Beschwerde bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz,
Artikel 77 DSGVO**

Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ernst. Mit Ihrem Anliegen bezüglich Ihrer von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit an uns wenden. Es steht Ihnen aber auch frei, sich mit einer Beschwerde an den

Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Werderstraße 74 A
19055 Schwerin

zu wenden.